

AVV.2008.26 / PS / cs

Art. 39

Entscheid vom 21. August 2009

_____ Besetzung Oberrichterin Plüss, Präsidentin
Oberrichter Marbet
Rechtsanwalt Conrad
Rechtsanwalt Michel
Rechtsanwältin Kersten
jur. Sekretärin Pfisterer

_____ Gesuchsteller 1 **lic. iur. T. X.**, Rechtsanwalt, B.

Gesuchsteller 2 **lic. iur. U. X.**, Rechtsanwalt, B.

_____ Gegenstand Gesuch um Überprüfung des Registereintrages (Anwalts-AG)

Die Anwaltskommission entnimmt den Akten:

1.

Am 28. März 2008 gab die Anwaltskommission bekannt, dass sie Anwältinnen und Anwälte, die von einer als Aktiengesellschaft organisierten Anwaltskanzlei angestellt sind, unter Einhaltung gewisser Bedingungen ins Anwaltsregister des Kantons Aargau eintragen werde. Auf diese Bedingungen wird in den nachfolgenden Erwägungen eingegangen.

2.

Mit Eingabe vom 11. Juni 2008 reichte der Gesuchsteller 1 ein Gesuch um Überprüfung des Registereintrags der bisher im Anwaltsregister des Kantons Aargau eingetragenen Rechtsanwälte T. X. und U. X. ein. Er stellte sinngemäss den Antrag, es sei festzustellen, dass die genannten Rechtsanwälte im Anwaltsregister des Kantons Aargau eingetragen bleiben können, wenn sie Aktionäre und Angestellte der zu gründenden "X. Rechtsanwälte AG" werden, und dass sich aus der vorgesehenen Umstrukturierung keine Berufsregelverletzungen ergeben.

Zur Begründung verwies er auf das Schreiben der Anwaltskommission des Kantons Aargau vom 28. März 2008. Ausserdem reichte er einen Entwurf der Statuten und des Organisationsreglements sowie einen Entwurf eines Arbeitsvertrags zwischen der zu gründenden "X. Rechtsanwälte AG" und einem anzustellenden Aktionär und Rechtsanwalt ein.

3.

Mit Schreiben vom 18. Dezember 2008 wies die Anwaltskommission die Gesuchsteller auf verschiedene Problemfelder (Beschlussfassung der Generalversammlung, Dauerhaftigkeit der Beherrschungsverhältnisse, aktive Rolle der Aktionäre, Geschäftsführung, Berufshaftpflichtversicherung sowie Berufsgeheimnis) hin und gab ihnen Gelegenheit zur Stellungnahme.

4.

Am 30. Januar 2009 ergänzten die Gesuchsteller ihre Eingabe vom 11. Juni 2008 und reichten die angepassten Entwürfe der Statuten, des Organisationsreglements, des Arbeitsvertrages sowie neu eines Aktionärbindungsvertrages und die Offerte für die Berufshaftpflichtversicherung ein.

5.

Mit Schreiben vom 16. April 2009 informierte die Anwaltskommission den Aargauischen Anwaltsverband über den anstehenden Entscheid zum Gesuch vom 11. Juni 2008 und eröffnete ihm die Möglichkeit, sich vorgängig dazu zu äussern.

6.

Der Aargauische Anwaltsverband liess sich am 23. April 2009 vernehmen. Er wies in seinem Schreiben darauf hin, dass mit Art. 4 Abs. 4 des vorgelegten Statutenentwurfs die Dauerhaftigkeit der Beherrschungsverhältnisse nicht sichergestellt sei. Die Gesellschaft könne das Gesuch um Zustimmung zur Aktienübertragung nur aus wichtigen, in den Statuten genannten Gründen ablehnen. Vorliegend sei aufgrund des Gesellschaftszweckes nicht klar, ob effektiv ein solcher wichtiger Grund gegeben wäre. Bezüglich Berufsgeheimnis seien die Vorgaben des BGFA vermutlich ebenfalls noch nicht erfüllt. Im Aktionärbindungsvertrag müsste die Verpflichtung sämtlicher Aktionäre enthalten sein, mit jedem Klienten einen schriftlichen Mandatsvertrag abzuschliessen, der eine ausdrückliche Entbindungserklärung beinhalte.

7.

Die Stellungnahme des Anwaltsverbandes wurde den Gesuchstellern mit Verfügung vom 24. April 2009 zur Stellungnahme bzw. Nachreichung von allfälligen Gesuchsergänzungen zugestellt.

8.

Die Gesuchsteller reichten am 29. Mai 2009 eine weitere Stellungnahme sowie ergänzte Unterlagen ein. Dem vorliegenden Entscheid liegen demgemäss die folgenden Unterlagen vom 29. Mai 2009 zugrunde:

- Entwurf der Statuten
- Entwurf des Aktionärbindungsvertrages
- Entwurf des Organisationsreglements
- Entwurf des Arbeitsvertrages
- Offerte für die Berufshaftpflichtversicherung.

In ihrer Stellungnahme wiesen die Gesuchsteller darauf hin, dass einem Nicht-Anwalt die Eintragung ins Aktienbuch aus wichtigen Gründen sehr wohl verweigert werden könnte, auch wenn es sich um einen qualifizierten Berater für Rechtsdienstleistungen handle. Da die Beherrschung der AG durch im Register eingetragene Anwältinnen und Anwälte Voraussetzung dafür sei, dass die Anwältinnen / Anwälte nach der Anstellung im Register eingetragen bleiben könnten, liege ein gemäss Forstmoser als wichtig einzustufender, da nach objektiven Massstäben sachlich gerechtfertigter Grund vor. Dennoch werde der Aktionärbindungsvertrag in Art. 2 und 3 angepasst, um den Bedenken Rechnung zu tragen. Auch bezüglich Berufsgeheimnis sei der Aktionärbindungsvertrag angepasst und um den Mandatsvertrag als Anhang ergänzt worden.

Die Anwaltskommission zieht in Erwägung:

1. Formelles

1.1. Zulässigkeit Feststellungsgesuch

Die Gesuchsteller wollen mit ihrem Gesuch sicherstellen, dass sie nach der Gründung der "X. Rechtsanwälte AG" und dem Abschluss eines Arbeitsvertrages mit derselben im Anwaltsregister eingetragen bleiben und sich weiter im Monopolbereich für Rechtsanwälte betätigen können. Weiter wollen sie verhindern, dass die angestrebte Organisationsform zwangsläufig zu Disziplinarmaßnahmen wegen Berufsregelverletzungen gemäss Art. 17 BGFA führen wird.

Sie beantragen damit den Erlass einer positiven Feststellungsverfügung, wonach festzustellen sei, dass sie die Voraussetzungen zum Eintrag ins Anwaltsregister auch nach der angestrebten Umstrukturierung erfüllen und die Anwaltskommission sie nicht gemäss Art. 9 BGFA aus dem Anwaltsregister löschen wird.

Ausserdem soll durch eine negative Feststellungsverfügung festgestellt werden, dass die Anwaltstätigkeit im Rahmen der neu gewählten Organisationsform nicht zwangsläufig zu Berufsregelverletzungen führen wird.

Das Verfahren vor der Anwaltskommission richtet sich nach dem Gesetz über die Verwaltungsrechtspflege vom 09. Juli 1968 (Verwaltungsrechtspflegegesetz, VRPG; SAR 271.100). Die Feststellungsverfügung ist im VRPG nicht vorgesehen. "Ihre Zulässigkeit ist aber in Lehre und Rechtsprechung unbestritten und bei Anwendung von Bundesrecht auch im kantonalen Verfahren vorgeschrieben" (MICHAEL MERKER, Rechtsmittel, Klage und Normenkontrollverfahren nach dem aargauischen Gesetz über die Verwaltungsrechtspflege [VRPG] vom 9. Juli 1968, Zürich 1998, § 38 Rz. 24 ff).

1.1.1.

"Häufigste Erscheinungsform der Feststellungsverfügung ist der Vorentscheid, mit welchem als Vorstufe einer späteren Gestaltungsverfügung eine Frage im Voraus relativ verbindlich entschieden wird" (MICHAEL MERKER, a.a.O., § 38 Rz. 24 ff). Die hier zu erlassende positive Feststellungsverfügung stellt einen solchen Vorentscheid dar, da die Gesuchsteller nach Gründung der geplanten Anwalts-AG und der damit verbundenen Anstellung ein Gesuch um Abänderung ihres Registereintrags und damit ein Gesuch um Erlass einer Gestaltungsverfügung einzureichen haben.

Voraussetzung für einen Vorentscheid ist ein relativ verselbständiger Entscheidungsinhalt, der losgelöst vom eigentlichen Hauptverfahren beurteilt werden kann, und ein schutzwürdiges Interesse. Dieses kann sich

im Umfang der zu erwartenden Vermeidung unnötiger Aufwendungen im Falle einer negativen Gestaltungsverfügung konkretisieren.

Der Inhalt des hier zu erlassenden Vorentscheids betrifft einen verselbständigten Gesuchsinhalt, nämlich die Frage, ob die heute eingetragenen Gesuchsteller nach der Anstellung durch die geplante Anwalts-AG die Bedingungen für den Registereintrag und damit die Bedingungen für den Erlass einer Abänderungsverfügung des Registereintrags erfüllen. Die Gesuchsteller haben darüber hinaus ein schützenswertes Interesse, sich vor der Gründung Klarheit über den Weiterbestand ihres Eintrags zu verschaffen, da die anvisierte Umstrukturierung mit einem gewissen Aufwand verbunden ist. Das Interesse an einem Vorentscheid ist schliesslich ein aktuelles, womit die Voraussetzungen für den Erlass eines Vorentscheids gegeben sind.

1.1.2.

Eine Feststellungsverfügung ist zu erlassen, wenn der angestrebte Zweck der Feststellungsverfügung nicht mit einer Gestaltungsverfügung erreicht werden kann, wenn die Gesuchsteller ein schützenswertes Interesse nachweisen können und wenn keine öffentlichen oder privaten Interessen entgegenstehen.

Das Ziel der Gesuchsteller, noch vor der Gründung einer Anwalts-AG Gewissheit darüber zu erlangen, dass die geplante Anstellung durch die Anwalts-AG keine Berufsregeln verletzen wird, können sie nicht mit einer Gestaltungsverfügung erreichen. Die Umstrukturierung ist zudem wie erwähnt mit gewissen Kosten verbunden. Ausserdem soll einem Anwalt, dessen zukünftiges Anstellungsverhältnis zu prüfen ist, nicht zugemutet werden, die Zulässigkeit eines solchen erst im Rahmen eines Disziplinarverfahrens kontrollieren lassen zu müssen.

Die Voraussetzungen für einen Vorentscheid und eine negative Feststellungsverfügung sind somit gegeben.

Der Vollständigkeit halber sei darauf hingewiesen, dass die hier zu erlassenden Feststellungsverfügungen verbindliche Wirkung nur zu Gunsten der Gesuchsteller selbst erhalten. Es liegt allerdings auf der Hand, dass weitere Anwälte nicht aus dem Anwaltsregister gelöscht bzw. ohne Weiteres in dieses eingetragen werden, wenn sie von derselben Anwalts-AG mit denselben Anstellungsbedingungen angestellt werden.

Schliesslich sei erwähnt, dass mit dem Erlass der vorliegenden Verfügung nur Aussagen über die darin geprüften Gegenstände gemacht werden. Damit werden nicht sämtliche Fragen im Zusammenhang mit der Zulässigkeit einer Anwalts-AG geregelt und jede irgendwie geartete anwaltliche Betätigung im Rahmen der geprüften Anwalts-AG für zulässig erklärt. Die

eingetragenen Anwälte bleiben an die Berufsregeln gebunden und haben diese in ihrem Arbeitsalltag sicherzustellen. Es handelt sich somit um eine statische Prüfung der eingereichten Unterlagen, insbesondere unter dem Aspekt der institutionellen Unabhängigkeit. Änderungen müssen der Anwaltskommission gemeldet werden und führen in der Folge zu einer neuen Beurteilung der Sachlage.

1.2. Zuständigkeit

Zuständig für den Erlass eines Vorentscheids ist die Behörde, welche in der betreffenden Materie auch rechtsgestaltende Entscheide treffen darf (AGVE 1982, S. 162 E. 1b). Für Feststellungsverfügungen im Allgemeinen ist die zum Erlass entsprechender Leistungs- oder Gestaltungsverfügungen kompetente Behörde zuständig (BGE 108 Ib 540, E. 4).

Die Anwaltskommission ist gemäss Art. 5 Abs. 3 des Bundesgesetzes über die Freizügigkeit der Anwälte und Anwältinnen vom 23. Juni 2000 (BGFA; SR 935.61) i.V.m. § 6 ff. des Einführungsgesetzes zum Bundesgesetz über die Freizügigkeit der Anwältinnen und Anwälte vom 2. November 2004 (EG BGFA; SAR 290.100) Aufsichtsbehörde über die Anwälte und führt das kantonale Anwaltsregister. Sie nimmt Eintragungen ins Anwaltsregister vor (Art. 6 Abs. 2 BGFA) und führt Disziplinaruntersuchungen durch (Art. 14 BGFA).

Somit ist die Anwaltskommission zur Behandlung der vorliegenden Eingabe sachlich und örtlich zuständig.

2.

In einem ersten Schritt (Ziff. 3) ist zu prüfen, ob die Gesuchsteller auch nach der geplanten Umstrukturierung noch die Voraussetzungen für einen Registereintrag erfüllen, wenn sie sich für ihre Anwaltstätigkeit im Monopolbereich von der zu gründenden "X. Rechtsanwälte AG" anstellen lassen. In einem zweiten Schritt (Ziff. 4) gilt es zu abzuklären, ob sich aus der angestrebten Organisationsform der "X. Rechtsanwälte AG" Berufsregelverletzungen ergeben würden.

3. Lösungsgrund

Gemäss Art. 9 BGFA werden Anwälte, die eine der Voraussetzungen für den Registereintrag nicht mehr erfüllen, im Register gelöscht. Diese Voraussetzungen werden unterteilt in fachliche Voraussetzungen gemäss Art. 7 BGFA und persönliche Voraussetzungen gemäss Art. 8 BGFA. Die fachlichen Voraussetzungen werden von der Organisationsform einer Kanzlei nicht berührt und spielen deshalb im hier zu beurteilenden Fall keine Rolle. Unter den persönlichen Voraussetzungen können von einer allfälligen Umwandlung einer Anwaltskanzlei in eine Aktiengesellschaft

nur das Fehlen von Verlustscheinen (Art. 8 Abs. 1 lit. c BGFA) und die Pflicht, den Anwaltsberuf unabhängig ausüben zu müssen (Art. 8 Abs. 1 lit. d BGFA), zu Problemen führen. Somit ist zu prüfen, ob die Geschsteller diese Voraussetzungen auch als Angestellte der neu zu gründenden "X. Rechtsanwälte AG" erfüllen würden.

3.1. Unabhängigkeit

Art. 8 Abs. 1 lit. d BGFA verlangt, dass Anwälte ihren Beruf unabhängig ausüben und nur Angestellte von Personen sein können, die ihrerseits in einem kantonalen Register eingetragen sind. Diese Regelung verlangt eine institutionelle Unabhängigkeit, mit welcher bestimmte Anforderungen an die Struktur und die Organisation einer Anwaltskanzlei gestellt werden.

Die Unabhängigkeit soll Anwälten grösstmögliche Freiheit verschaffen gegenüber Klienten, Dritten und Behörden, damit sie sich bei der Interessenwahrung allein von sachbezogenen Gesichtspunkten leiten lassen (ERNST STAEHELIN / CHRISTIAN OETKER in: WALTER FELLMANN / GAUDENZ ZINDEL G. [Hrsg.], Kommentar zum Anwaltsgesetz, Zürich 2005, N 32 zu Art. 8 [zit. NAME, BGFA-Kommentar]). Die Unabhängigkeit bildet Voraussetzung für das Vertrauen in die Anwaltschaft und die Justiz und damit für das Funktionieren der Justiz beziehungsweise die öffentliche Ordnung.

Nach dem Wortlaut von Art. 8 Abs. 1 lit. d BGFA können Anwälte nur Angestellte von Personen sein, die ihrerseits in einem kantonalen Register eingetragen sind, sodass es auf den ersten Blick als ausgeschlossen erscheint, dass Anwälte sich als Angestellte einer Anwalts-AG in ein Register eintragen lassen können, da die Anwalts-AG ihrerseits nicht eingetragen werden kann. Nach Lehre und Praxis ist der Registereintrag von Anwälten, welche von einer Anwalts-AG angestellt sind, jedoch unter gewissen Voraussetzungen zulässig (vgl. insbesondere: ERNST STAEHELIN, Die Anwalts-Gesellschaft: Einzelheiten, in: Anwaltsrevue 2/2007; WALTER FELLMANN, Zulässigkeit der Aktiengesellschaft als Organisationsform für Anwaltskanzleien - die Beschlüsse der Aufsichtsbehörden der Kantone Obwalden und Zürich, in: Anwaltsrevue 1/2007; Verfügung der Anwaltskommission des Kantons Obwalden vom 29. Mai 2006; Beschluss der Aufsichtskommission über die Anwältinnen und Anwälte des Kantons Zürich [nachfolgend Aufsichtskommission des Kantons Zürich genannt] vom 5. Oktober 2006; Vorbescheid der Anwaltskammer Bern vom 27. Februar 2007; Entscheid des Verwaltungsgericht des Kantons Genf vom 11. März 2008, E. 3b und 4c). Die Anwaltskommission schliesst sich dieser Ansicht an.

Somit ergibt sich, dass die Voraussetzung einer unabhängigen Ausübung der Anwaltstätigkeit nicht allein dadurch verunmöglicht wird, dass ein Anwalt seine Dienstleistungen als angestellter Anwalt einer Anwalts-AG anbietet. Wie die Aufsichtskommission des Kantons Zürich zutreffend fest-

gestellt hat, ist nicht die Anstellung das entscheidende Kriterium für den Nachweis der Unabhängigkeit, sondern die Gefahr fremder Einflussnahme durch nicht eingetragene Personen. Gelingt einem von einer Anwalts-AG angestellten Anwalt der Nachweis, dass diese Gefahr nicht besteht, widerlegt er damit die Vermutung seiner Abhängigkeit.

Die Gefahr der Abhängigkeit kann ausgeschlossen werden, wenn alle Entscheidungsebenen einer Anwalts-AG von im Anwaltsregister eingetragenen Anwälten beherrscht werden und diese Beherrschung auf Dauer sichergestellt ist. Damit wird eine AG als Arbeitgeber vergleichbar mit einem Anwalt als Arbeitgeber. Zur Gewährleistung der Unabhängigkeit der von ihr angestellten Anwälte muss die Organisation einer Anwalts-AG demnach folgende Voraussetzungen erfüllen:

- Der Gesellschaftszweck muss sich zur Hauptsache auf das Betreiben einer Anwaltskanzlei beschränken.
- Generalversammlung, Verwaltungsrat wie auch Geschäftsleitung müssen von im Anwaltsregister eingetragenen Personen beherrscht werden.

3.1.1. Gesellschaftszweck

Der Hauptzweck einer Anwalts-AG hat sich auf das Betreiben einer Anwaltskanzlei zu beschränken. Nebenzwecke sind nur zulässig, sofern sie diesem Hauptzweck dienen, da der Ausbau einer Anwalts-AG auf weitere Geschäftszweige (wie z.B. Treuhandangebote, Vermögensverwaltungen oder Immobilienhandel) zu Interessenkollision und damit zu Abhängigkeiten führen würde.

Die zu gründende "X. Rechtsanwälte AG" bezweckt gemäss Art. 2 ihrer Statuten "das Erbringen von Rechtsdienstleistungen im In- und Ausland durch in der Schweiz registrierte Anwälte und andere qualifizierte Berater gemäss den Bestimmungen des BGFA, sowie damit verbundene Tätigkeiten, soweit sie dem Hauptzweck dienen. Sie kann Zweigniederlassungen errichten". Daneben kann die Gesellschaft "alle kommerziellen und finanziellen Geschäfte durchführen, die ihrem Hauptzweck dienen".

Die Ausgestaltung dieses Zweckartikels entspricht den oben erwähnten Anforderungen, insbesondere aufgrund der Klarstellung, dass sämtliche Nebenzwecke diesem Hauptzweck zu dienen haben. Die Errichtung von Zweigniederlassungen ist aufgrund der rechtlichen Abhängigkeit zur "X. Rechtsanwälte AG" unbedenklich. Der Zweck der zu gründenden "X. Rechtsanwälte AG" ist deshalb unter dem Aspekt der Unabhängigkeit nicht zu beanstanden.

3.1.2. Organisation und Beherrschung

Der Registereintrag eines Anwalts kann nur dann bestehen bleiben, wenn sowohl die Generalversammlung, der Verwaltungsrat wie auch die Ge-

schäftsleitung der ihn anstellenden Anwalts-AG von im Anwaltsregister eingetragenen Personen beherrscht werden.

3.1.2.1. Generalversammlung

3.1.2.1.1.

Die erforderliche Beherrschung in der Generalversammlung ist ohne Weiteres sichergestellt, sofern nur Anwälte Aktionäre der AG sind (Verfügung der Anwaltskommission Obwalden vom 19. Mai 2006). Um dies zu erreichen, können vinkulierte Namenaktien (Art. 685a ff. OR) in den Statuten vorgesehen werden. Solche Aktien können nur mit Zustimmung der Gesellschaft übertragen werden. Bei nicht börsenkotierten Aktien muss für die Verweigerung der Übertragung / Eintragung allerdings in den Statuten ein wichtiger Grund definiert sein (Art. 685b Abs. 1 OR), wobei die Kriterien, an denen sich die so vordefinierten Ablehnungsgründe orientieren können, beschränkt sind. Möglich sind nur Beschränkungen (Art. 685b Abs. 2 OR)

- bezüglich der Zusammensetzung des Aktionärskreises im Hinblick auf den Gesellschaftszweck oder
- zur Sicherung der wirtschaftlichen Selbständigkeit des Unternehmens.

Ausserdem kann der Verwaltungsrat die Eintragung ohne Angabe von Gründen auch dann verweigern, wenn er dem Veräusserer anbietet, die Aktien für eigene Rechnung oder für Rechnung anderer Aktionäre zum wirklichen Wert im Zeitpunkt der Einreichung des Gesuchs um Zustimmung zur Übertragung zu übernehmen ("escape clause"; Art. 685b Abs. 1 OR; vgl. PETER BÖCKLI, Schweizer Aktienrecht, 3. A., Zürich 2004, § 6 N 195 ff.).

3.1.2.1.2.

Die zu gründende "X. Rechtsanwälte AG" enthält Vinkulierungsvorschriften in den Statuten. Gemäss Art. 4 Abs. 4 *muss* der Verwaltungsrat die Zustimmung zum Eintrag ins Aktienbuch verweigern, wenn der Erwerber einer Aktie nicht ein in der Schweiz registrierter Anwalt ist. Als wichtigen Grund für die Verweigerung der Übertragung nennen die Statuten also das Fehlen des Registereintrages. Es handelt sich hier um ein Kriterium, welches sich an der Zusammensetzung des Aktionärskreises im Hinblick auf den Gesellschaftszweck orientiert. Als weitere Gründe für die Verweigerung des Eintrages werden in Art. 4 Abs. 3 lit. a - d (recte wohl lit. a - c, bei der Umformulierung wurde offenbar die Nummerierung nicht durchgängig angepasst) genannt:

- Erwerber übt keine aktive Tätigkeit in der Gesellschaft aus (Zusammenhang mit dem Gesellschaftszweck)
- Fernhalten von Erwerbern, die Konkurrenzunternehmen betreiben bzw. daran beteiligt oder dort angestellt sind (Selbständigkeit)

- Erwerb / Halten von Aktien im eigenen Namen, aber im Interesse Dritter (Gesellschaftszweck und Selbständigkeit).

Der Anwaltsverband macht in seiner Stellungnahme vom 23. April 2009 geltend, diese Bestimmung reiche nicht aus, um die Dauerhaftigkeit der Beherrschungsverhältnisse sicherzustellen. Zwar vermöge der Gesellschaftszweck die Ablehnung von Aktionären zu rechtfertigen, wenn die Person des Aktienkäufers oder dessen Tätigkeit mit dem Gesellschaftszweck unvereinbar sei. Da sich der Gesellschaftszweck vorliegend aber nicht auf das Erbringen von Dienstleistungen registrierter Anwälte beschränke, dürfte es fraglich sein, ob einem "anderen qualifizierten Berater" die Eintragung tatsächlich verweigert werden könnte.

Unter Verweis auf Forstmoser machen die Gesuchsteller in ihrer Stellungnahme vom 29. Mai 2009 geltend, ein "wichtiger Grund" im Sinn von Art. 685b Abs. 1 OR liege vor, wenn es sich um einen nach objektiven Massstäben sachlich gerechtfertigten Grund handle. Auch Böcklis Ausführungen gehen in dieselbe Richtung, wenn er schreibt, sobald ein vom Gesetz genanntes schützenswertes Rechtsgut (nämlich die Zweckverfolgung oder die Selbständigkeit) in den Statuten als Ablehnungsgrund konturiert umschrieben werde und sich dieser unter den Gegebenheiten der betreffenden Gesellschaft als sachlich begründet erweise, sei die Voraussetzung des wichtigen Grundes erfüllt. In der Folge handle es sich beim Entscheid des für die Verweigerung der Übertragung zuständigen Organs nicht mehr um einen Ermessens-, sondern "nur" noch um einen normativ gebundenen Entscheid (PETER BÖCKLI, a.a.O., § 6 N 252).

Da die (dauerhafte) Beherrschung der Anwalts-AG durch eingetragene Anwälte Voraussetzung ist für den Fortbestand des Registereintrages eben dieser Anwälte, darf zweifellos davon ausgegangen werden, dass es sich bei dem in Art. 4 Abs. 4 der Statuten erwähnten Verweigerungsgrund um einen im Hinblick auf den Gesellschaftszweck sachlich gerechtfertigten wichtigen Grund im Sinne des Gesetzes handelt. Die in Abs. 3 erwähnten Gründe kommen nur bzw. erst dann zum Zuge, wenn der Erwerber die Bedingung von Abs. 4 erfüllt.

Zudem enthält auch Art. 2 des angepassten Aktionärsbindungsvertrages [ABV] vom 29. Mai 2009 in Abs. 1 die Regelung, dass nur in der Schweiz registrierte Anwältinnen und Anwälte Gesellschafter sein können. Weiter wird in Art. 3 Abs. 1 ABV statuiert, dass die Gesellschafter die Aktien zu gesamter Hand halten, wobei jedem Gesellschafter ein gleich grosser rechnerischer Anteil an Aktien zusteht. Diese rechnerischen Anteile sind gemäss Vertrag weder durch Zession noch durch eheliches Güterrecht, Erbrecht oder auf andere Weise übertragbar. Darüber hinaus ist für die Übertragung des Eigentums an den Aktien ein Gesellschafterbeschluss mit einer Dreiviertelmehrheit aller Stimmen nötig (Art. 3 Abs. 4 ABV).

Bezüglich Generalversammlung ist in Art. 11 der Statuten festgeschrieben, dass jede Aktie eine Stimme hat, und dass sich ein Aktionär in der Generalversammlung nur durch einen anderen Aktionär (der wiederum eingetragener Anwalt / eingetragene Anwältin sein muss) vertreten lassen kann. Ergänzend enthält Art. 4 ABV die Regelung, dass jeder Aktionär in der Generalversammlung diejenige Anzahl Aktien vertritt, die seinem rechnerischen Anteil entspricht. Da gemäss Art. 3 Abs. 1 ABV jeder Gesellschafter einen gleich grossen (rechnerischen) Anteil der Aktien hält, steht somit jedem Gesellschafter grundsätzlich das gleiche Stimmrecht zu. Nicht in dieser Weise zuordenbare Aktien werden gemäss Art. 4 Abs. 1 ABV in der Generalversammlung nicht vertreten.

3.1.2.1.3.

Aufgrund der aufgeführten Bestimmungen der Statuten sowie des Aktionärbindungsvertrages erscheint die Dauerhaftigkeit der Beherrschung der "X. Rechtsanwälte AG" durch im Register eingetragene Anwältinnen und Anwälte vorliegend gewährleistet.

3.1.2.2. Verwaltungsrat

Auch im Verwaltungsrat stellt die Beherrschung durch registrierte Anwälte dann kein Problem dar, wenn sämtliche Verwaltungsräte eingetragene Anwälte sind. Diese Bedingung ist vorliegend erfüllt, da Art. 13 der Statuten festgelegt, dass der Verwaltungsrat ausschliesslich aus Aktionären bestehen muss.

3.1.2.3. Geschäftsführung

Der Verwaltungsrat führt die Geschäfte der Gesellschaft, soweit er die Geschäftsführung nicht übertragen hat (Art. 716 OR), und kann hierfür die nötigen Weisungen und Anordnungen erteilen (Art. 716a OR).

Gemäss Art. 15 Abs. 2 lit. a der Statuten und Ziff. 3.2 Abs. 1 lit. a des Organisationsreglements steht dem Verwaltungsrat die Oberleitung der Gesellschaft und die Erteilung der nötigen Weisungen zu. Er hat zudem die Oberaufsicht über die mit der Geschäftsführung betrauten Personen, namentlich im Hinblick auf die Befolgung der Gesetze, der Berufs- und Standesregeln, der Statuten, Reglemente und Weisungen (Ziff. 3.2 Abs. 1 lit. e). Im Übrigen kann der Verwaltungsrat die betriebliche Geschäftsführung durch Erlass eines Organisationsreglementes ganz oder zum Teil an einzelne oder mehrere seiner Mitglieder übertragen (Art. 15 Abs. 2 lit. d und 15 Abs. 3 der Statuten; siehe ausserdem Ziff. 3.2 Abs. 1 lit. d des Organisationsreglements). Damit ist sichergestellt, dass nur eingetragene Anwälte Aufgaben der Geschäftsführung übernehmen können, sodass die nötige Weisungsunabhängigkeit gewährleistet ist (vgl. Beschluss der Aufsichtskommission des Kantons Zürich vom 5. Oktober 2006, Ziffer V. / 5. und V. / 7.5.).

Die "X. Rechtsanwälte AG" sieht in ihren Statuten (Art. 15 Abs. 3) vor, dass der Verwaltungsrat kein Weisungsrecht gegenüber den als Aktionären angestellten Anwälten und Beratern und den von diesen betreuten Mitarbeitern in Bezug auf deren konkrete Mandatsführung hat. Dasselbe wird im Entwurf des Arbeitsvertrages zwischen der zu gründenden "X. Rechtsanwälte AG" und einem zukünftig angestellten Aktionär und Anwalt festgelegt (Ziff. 2 Abs. 2).

Der Verwaltungsrat erlässt schliesslich Reglemente und Weisungen über die Grundsätze der Mandatsannahme und Praxisausübung (Ziff. 3.4 Abs. 1 des Organisationsreglements), wobei er diese der Generalversammlung zur Konsultation vorzuweisen hat (Ziff. 3.3 Abs. 2 lit. r des Organisationsreglements).

Die Grundsätze der Mandatsübernahme sind im Anhang 1 lit. A zum Organisationsreglement festgehalten. Danach entscheidet grundsätzlich jeder Gesellschafter in eigener Verantwortung darüber, ob ein Mandat angenommen werden soll (lit. A. Ziff. 1). Er soll sich dabei von folgenden Grundsätzen leiten lassen: a) Vermeidung von Reputationsrisiken, b) Vermeidung von Interessenkonflikten und c) Wirtschaftlichkeit, d.h. Möglichkeit des Klienten, das Honorar für die notwendig werdende Arbeit bezahlen zu können. Vom Grundsatz c) kann abgewichen werden, wenn Mitarbeiter an einem konkreten Fall ausgebildet werden sollen oder wenn die begründete Meinung besteht, dass sich das Mandat mittelfristig zu einer Klientenbeziehung entwickeln kann.

Diese Grundsätze sind unter dem Aspekt der Unabhängigkeit nicht zu beanstanden.

Weiter wird verlangt, dass für "die Annahme von Mandaten, bei denen sich im Zeitpunkt der Mandatsübernahme nicht völlig ausschliessen lässt, dass sich in Zukunft einmal Interessenkonflikte ergeben könnten oder bei denen die Annahme von weiteren Klienten aus der gleichen Branche problematisch werden könnte", sowie für "die Annahme von pro bono Mandaten oder Mandaten, die das relativierte Wirtschaftskriterium nach Ziff. 1 c) nicht erfüllen", die Zustimmung des Verwaltungsrats notwendig ist. Diese Einschränkungen in der Übernahme von Mandaten verletzen den Grundsatz der Unabhängigkeit von eingetragenen Anwälten nicht.

Die Grundsätze der Praxisausübung sind im Anhang 1 lit. B zum Organisationsreglement geregelt. Sie verpflichten den Mandatsführer, die Niederlegung des Mandats zu prüfen, wenn er zum Schluss komme, "dass ein Mandat nicht hätte angenommen werden sollen (oder im fraglichen Zeitpunkt nicht mehr angenommen würde)". Diese Gründe der Niederlegung widersprechen der Unabhängigkeit eines eingetragenen Anwalts

nicht und stehen unter dem Vorbehalt der aus den allgemeinen Berufsregeln fliessenden Pflicht, Mandate nicht zur Unzeit niederzulegen (Art. 12 lit. a BGFA; WALTER FELLMANN, BGFA-Kommentar, a.a.O., Art. 12 Rz 32).

Schliesslich wird der unzulässige Einfluss des Verwaltungsrates in mandatsbezogenen Geschäften dadurch verhindert, dass "im Rahmen der Beratung und Vertretung von Klienten (...) alle Partner und alle juristischen Mitarbeiter Einzelunterschrift gemäss Vollmacht in Anhang 2" des Organisationsreglements haben (Ziff. 5.1 des Organisationsreglements). Danach ist die Vollmacht der mandatsverantwortlichen Angestellten der zu gründenden "X. Rechtsanwälte AG" nicht beschränkt, womit diesen die notwendige Unabhängigkeit vom Verwaltungsrat zukommt. Die Vollmacht für die nicht mandatsverantwortlichen Angestellten steht unter dem Vorbehalt der Weisungen des Mandatsverantwortlichen, was auch diese vor dem Einfluss des Verwaltungsrates schützt.

3.1.3. Zusammenfassung

Zusammenfassend ergibt sich, dass die Unabhängigkeit der von der zu gründenden "X. Rechtsanwälte AG" anzustellenden Anwältinnen und Anwälte aufgrund der obigen Ausführungen zum Gesellschaftszweck, zur Festlegung des möglichen Aktionärskreises aufgrund der in den Statuten enthaltenen Vinkulierung sowie zur Organisation von Generalversammlung, Verwaltungsrat und Geschäftsführung gewährleistet ist.

3.2. Verluſtschein

Gemäss Art. 8 Abs. 1 lit. c kann ein Anwalt nur dann ins Anwaltsregister eingetragen werden beziehungsweise darin verbleiben (Art. 9 BGFA), wenn gegen ihn keine Verluſtscheine bestehen.

Diese Voraussetzung steht einem Registereintrag zum Zeitpunkt der Gründung einer Anwalts-AG nicht entgegen. Falls die persönliche Haftung eines Anwalts jedoch durch die Anstellung durch eine Anwalts-AG eingeschränkt wird (siehe unten Ziffern 4.1 und 4.2), kann diese Voraussetzung nach einem allfälligen Konkurs der Anwalts-AG bedeutsam werden. Der Konkurs würde diesem Anwalt nämlich keinen Verluſtschein einbringen und ihn im Gegensatz zu einem persönlich haftenden Anwalt nicht an der Weiterführung seiner Tätigkeit im Monopolbereich hindern. Der einzelne Anwalt bleibt der Aufsichtsbehörde jedoch stets selbst verantwortlich (WALTER FELLMANN, BGFA-Kommentar, a.a.O., Art. 12 Rz. 62). Die Anwaltskommission macht deshalb die Gesuchsteller darauf aufmerksam, dass sie sich im Falle eines Konkurses der zu gründenden AG einen disziplinarischen Durchgriff auf die von der Anwalts-AG angestellten Anwälte vorbehält.

Zusammenfassend steht fest, dass die Gesuchsteller unter Einhaltung der genannten Auflagen auch als Angestellte der zu gründenden "X. Rechtsanwälte AG" im Anwaltsregister des Kantons Aargau eingetragen bleiben können.

4. Berufsregelverletzung

Weiter ist zu prüfen, ob sich aus der Organisationsform der zu gründenden "X. Rechtsanwälte AG" keine Berufsregelverletzungen ergeben.

Art. 12 lit. b BGFA erhebt die unabhängige Ausübung auch zur Berufsregel. Im Gegensatz zur im Zeitpunkt des Eintrags zu prüfenden institutionellen Unabhängigkeit, geht es hier um die Unabhängigkeit im Einzelfall (WALTER FELLMANN, BGFA-Kommentar, a.a.O., Art. 8 Rz. 31). Wie oben dargelegt, verletzt der Umstand allein, dass sich ein Anwalt von einer Anwalts-AG anstellen lässt, die Unabhängigkeit nicht. Die Unabhängigkeit im Einzelfall hat jeder Anwalt in seinem Berufsalltag selbst sicherzustellen. Dieser Punkt kann nicht zum jetzigen Zeitpunkt kontrolliert werden.

4.1. Ausübung in eigenem Namen und auf eigene Verantwortung

Gemäss Art. 12 lit. b BGFA ist ein Anwalt verpflichtet, seinen Beruf in eigenem Namen und auf eigene Verantwortung auszuüben. Da Art. 8 Abs. 1 lit. d BGFA dies auch dann für möglich erachtet, wenn ein Anwalt angestellt ist, schliesst eine Anstellung das Handeln in eigenem Namen und auf eigene Verantwortung nicht aus. Es ist zu prüfen, ob bei der Anstellung durch eine Anwalts-AG Besonderheiten vorliegen, die eine Ausübung in eigenem Namen und auf eigene Verantwortung verunmöglichen.

Die Frage, welche Rechtsverhältnisse durch die Betreuung eines Klienten durch einen von einer Anwalts-AG angestellten Anwalt entstehen, wird in Praxis und Lehre nicht einheitlich beantwortet. Die Aufsichtskommission des Kantons Zürich geht in ihrem Beschluss vom 5. Oktober 2006 davon aus, dass in einem solchen Fall ein Mandatsvertrag nur zwischen der Anwalts-AG und dem Klienten entstehe (E. 5.2, S. 33). Demgegenüber wird in der Lehre auch die Meinung vertreten, dass in einem solchen Fall zwei Verträge geschlossen würden, einer zwischen dem Klienten und der Anwalts-AG, ein zweiter zwischen dem Klienten und dem mandatsführenden Anwalt (JEANINE DE VRIES REILINGH, FABIEN HOHENAUER, De l'étude d'avocats traditionnelle à la société anonyme d'avocats: quelques réflexions d'ordre civil et fiscal, in: AJP 6/2008, Ziff. C 2. b, S. 693; LUKAS HANDSCHIN, Anwaltsgesellschaften als juristische Personen: Zum Stand der Diskussion, in: Anwaltsrevue 8/2003, Ziff. II.2, S. 260).

Diese Frage kann hier offen gelassen werden, da sie weder auf die weiter oben geprüfte Unabhängigkeit von eingetragenen Anwälten, die von einer

Anwalts-AG angestellt sind, noch auf die Ausübung des Anwaltsberufs in eigenem Namen einen Einfluss hat. Denn auch für den Fall, dass nur ein Vertrag zwischen dem Klienten und der Anwalts-AG zustande kommen sollte, ist die Berufsausübung in eigenem Namen möglich, ja gar unumgänglich, da die Vertretung im Monopolbereich nur natürlichen Personen gestattet ist.

Wie bereits dargelegt, bleibt auch ein von einer Anwalts-AG angestellter Anwalt unter der disziplinarischen Aufsicht der Aufsichtsbehörden. Die disziplinarische Verantwortung ist deshalb ohne weiteres sichergestellt. Soweit unter der Berufsausübung in eigener Verantwortung auch die finanzielle Verantwortung zu verstehen ist, kann auf die nachfolgenden Ausführungen zur Berufshaftpflicht verwiesen werden. Dass mit der Ausgestaltung einer Anwaltssozietät als AG möglicherweise die persönliche Haftung eines Anwalts entfällt, steht jedenfalls nicht im Widerspruch zur Berufsregel des Art. 12 lit. b BGFA, da aufgrund der Pflicht des Anwalts zum Abschluss einer Berufshaftpflichtversicherung nicht davon auszugehen ist, dass der Gesetzgeber die persönliche Haftung der Anwälte für erforderlich erachtete (WALTER FELLMANN, BGFA-Kommentar, a.a.O., Art. 12 Rz 63).

4.2. Berufshaftpflichtversicherung

Gemäss Art. 12 lit. f BGFA haben Anwälte eine Berufshaftpflichtversicherung nach Massgabe der Art und des Umfangs der Risiken, die mit ihrer Tätigkeit verbunden sind, abzuschliessen. Die Versicherungssumme muss mindestens eine Million Franken pro Jahr betragen. Anstelle der Haftpflichtversicherung können andere, gleichwertige Sicherheiten erbracht werden.

Unabhängig von der Frage, welche Vertragsverhältnisse entstehen, wenn ein von einer Anwalts-AG angestellter Anwalt anwaltlich tätig wird (vgl. DE VRIES REILINGH JEANINE, HOHENAUER FABIEN, a.a.O, Ziff. C 2. b, S. 693; HANDSCHIN LUKAS, a.a.O, Ziff. II.2, S. 260), ist sicherzustellen, dass für Fehler eines angestellten Anwalts eine Berufshaftpflichtversicherung besteht, die den oben genannten Voraussetzungen entspricht.

Die Aktionäre der zu gründenden "X. Rechtsanwälte AG" verpflichten sich in einem Aktionärbindungsvertrag dazu, eine Haftpflichtversicherung abzuschliessen, welche einerseits Schäden deckt, für welche ein angestellter Anwalt persönlich belangt wird, andererseits aber auch Schäden umfasst, für welche die "X. Rechtsanwälte AG" direkt haftbar gemacht wird (Art. 9 ABV). Damit ist der erforderliche Schutz für die Klientschaft sichergestellt.

4.3. Berufsgeheimnis

4.3.1.

Gemäss Art. 13 Abs. 1 BGFA unterstehen Anwälte zeitlich unbegrenzt und gegenüber jedermann dem Berufsgeheimnis über alles, was ihnen infolge ihres Berufes von ihrer Klientschaft anvertraut worden ist.

Die Wahrung des Berufsgeheimnisses stellt in der aktuellen Diskussion über die Zulässigkeit einer Anwalts-AG einen umstrittenen Punkt dar. Insbesondere die Preisgabe von Klienteninformationen an die Revisionsstelle wird als problematisch erachtet. Sowohl der Entscheid der Anwaltskommission des Kantons Obwalden vom 29. Mai 2006 (E. IV. 5) wie auch jener der Aufsichtskommission des Kantons Zürich (E. VI. 8) stellen sich auf den Standpunkt, dass das Anwaltsgeheimnis nicht verletzt werde, weil auch die Revisoren zur Einhaltung des Berufsgeheimnisses verpflichtet seien. Wie die Anwaltskommission des Kantons St. Gallen in ihrer Stellungnahme vom 13. Mai 2008 (E. 5 c) richtig festhält, kann diesem Schluss nicht gefolgt werden, da das Berufsgeheimnis des Anwalts nicht denselben Regeln unterliegt, wie jenes des Revisors.

4.3.2.

Die Gesuchsteller unterbreiteten der Anwaltskommission ursprünglich einen Vorschlag, der auf der Annahme basierte, dass die "X. Rechtsanwälte AG" nicht der ordentlichen Revision gemäss Art. 727 OR, sondern der eingeschränkten Revision nach Art. 727a OR unterliegen wird.

Nach entsprechender Kritik in der Stellungnahme des Anwaltsverbandes vom 23. April 2009 haben die Gesuchsteller das vorgesehene System allerdings geändert. Art. 18 der Statuten sieht zwar weiterhin vor, dass die Generalversammlung auf die Wahl einer Revisionsstelle verzichten kann, wenn die Gesellschaft nicht zu einer ordentlichen Revision verpflichtet ist und die Voraussetzungen für einen Verzicht auf eine (eingeschränkte) Revision ebenfalls erfüllt sind. Ebenso ist weiterhin vorgesehen, dass die Gesellschaft aufgelöst wird, wenn die Voraussetzungen für den Verzicht auf eine Revision nicht mehr erfüllt sind (Art. 22 Abs. 2 der Statuten).

Art. 10 des Aktionärsbindungsvertrages enthält neu in Ziff. 1 die Verpflichtung der Aktionäre, Mandate nur von Klienten anzunehmen, welche den im Anhang 2 enthaltenen Mandatsvertrag unterzeichnet haben. Und dieser Mandatsvertrag wiederum enthält in Art. 8 die Entbindungserklärung des Auftraggebers bezüglich Berufsgeheimnis unter anderem gegenüber der Revisionsstelle. Es versteht sich von selbst, dass dieser Mandatsvertrag nach Gründung der "X. Rechtsanwälte AG" nicht nur im Rahmen von neuen Mandaten abzuschliessen ist, sondern auch bei bereits bestehenden Mandaten.

Art. 10 ABV hält aber in Ziff. 2 auch weiterhin fest, dass sich die Aktionäre verpflichten, keine Handlungen vorzunehmen, welche zur Pflicht für eine ordentliche Revision führen würden. Ebenso verpflichten sie sich gemäss Ziff. 3, darauf zu verzichten, eine eingeschränkte Revision zu verlangen.

4.3.3.

Zusammenfassend erscheint aufgrund der oben erwähnten Bestimmungen gewährleistet, dass die "X. Rechtsanwälte AG" voraussichtlich gar nie einer Revision unterliegen wird. Falls dem aber doch so sein sollte, wäre mit dem Mandatsvertrag sichergestellt, dass die Klienten der Entbindung vom Berufsgeheimnis gegenüber der Revisionsstelle zugestimmt hätten. Unter diesen Voraussetzungen ist auch eine Verletzung des Berufsgeheimnisses nicht im Voraus absehbar.

5.

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass für die Gesuchsteller durch die Anstellung in der zu gründenden "X. Rechtsanwälte AG" kein Lösungsgrund im Sinn von Art. 9 BGFA erfüllt sein wird. Bei der Beurteilung wurde auf die mit Stellungnahme vom 29. Mai 2009 eingereichten Unterlagen (Entwürfe der Statuten, des Aktionärbindungsvertrages, des Organisationsreglements, des Arbeitsvertrages sowie Offerte für die Berufshaftpflichtversicherung) abgestellt.

Demnach erscheint die Voraussetzung der Unabhängigkeit gemäss Art. 8 Abs. 1 lit. d BGFA weiterhin gewährleistet. Der Gesellschaftszweck wurde unter dem Gesichtspunkt der Unabhängigkeit gesetzeskonform formuliert, ebenso wie die Bestimmungen bezüglich Organisation und Beherrschung der Gesellschaft. Insbesondere erscheint die Dauerhaftigkeit der Beherrschung durch registrierte Anwältinnen / Anwälte gesichert, da gemäss Statuten und Aktionärbindungsvertrag Aktien nur an eingetragene Anwältinnen / Anwälte übertragen werden dürfen. Da zudem sowohl Verwaltungsratsmitgliedschaft wie auch Geschäftsführung den Aktionären vorbehalten sind, ergeben sich auch in diesen Punkten keine absehbaren Probleme.

Bezüglich des Fehlens von Verlustscheinen (Art. 8 Abs. 1 lit. c BGFA) behält sich die Anwaltskommission im Falle des Konkurses der Gesellschaft einen disziplinarischen Durchgriff auf die einzelnen Anwälte vor.

Weiter sind für den Fall der Anstellung durch die zu gründende "X. Rechtsanwälte AG" auch keine Verletzungen von Berufsregeln schon von vornherein absehbar. So erscheint insbesondere die Ausübung des Mandates im eigenen Namen und auf eigene Verantwortung (Art. 12 lit. b BGFA) auch im Rahmen eines Anstellungsverhältnisses unter den in Statuten und Organisationsreglement gesetzten Rahmenbedingungen

problemlos möglich, und die Verantwortlichkeit gegenüber der disziplinarischen Aufsichtsbehörde bleibt bestehen. Das Erfordernis des Abschlusses einer Berufshaftpflichtversicherung (Art. 12 lit. f BGFA) erfüllen die Gesuchsteller bei Abschluss des Vertrages gemäss eingereichter Offerte ebenfalls. Ebenso sind bezüglich Berufsgeheimnis (Art. 13 Abs. 1 BGFA) keine Probleme ersichtlich, da vorgesehen ist, mit den Mandanten einen schriftlichen Mandatsvertrag mit Entbindungserklärung hinsichtlich des Berufsgeheimnisses gegenüber einer allfälligen Revisionsstelle abzuschliessen.

Somit kann festgestellt werden, dass einer Aufrechterhaltung des Registereintrages der Gesuchsteller nach deren Anstellung in der zu gründenden "X. Rechtsanwälte AG" nichts entgegensteht, soweit die eingereichten Unterlagen hierbei zur Anwendung kommen.

6.

Da der Anwaltsverband im vorliegenden Verfahren bereits frühzeitig in die Entscheidungsfindung mit einbezogen wurde und es sich bei den sich stellenden Fragen um solche von erheblicher Tragweite für alle Anwaltskanzleien handelt, welche sich mit dem Gedanken tragen, eine Anwalts-AG zu gründen, rechtfertigt es sich, den vorliegenden Entscheid dem Anwaltsverband ebenfalls zuzustellen.

7.

Die Kosten für das vorliegende Verfahren haben die Gesuchsteller gestützt auf § 1 Abs. 1 lit. b des Dekrets über die durch den Staat zu beziehenden Gebühren vom 23. November 1977 (SAR 661.110) zu tragen. Diese werden festgesetzt auf Fr. 800.--.

Die Anwaltskommission beschliesst:

1.

Es wird festgestellt, dass der bereits bestehende Registereintrag der Gesuchsteller auch nach deren Anstellung durch die zu gründende "X. Rechtsanwälte AG" aufrechterhalten wird, sofern bei der Gründung die mit Datum vom 29. Mai 2009 eingereichten Unterlagen verwendet werden.

2.

Es wird festgestellt, dass durch die vorgesehene Anstellung nicht zum vornherein eine Verletzung von Berufsregeln gemäss BGFA absehbar ist.

3.

Die Gesuchsteller werden darauf hingewiesen, dass sie verpflichtet sind, der Anwaltskommission jede Änderung der eingereichten Gründungsunterlagen zur Kenntnis zu bringen.

4.

Die Gesuchsteller haben die Kosten der Gesuchssache in der Höhe von Fr. 800.-- zu bezahlen.

Zustellung an:

- die Gesuchsteller
- den Aargauischen Anwaltsverband (inkl. Kopie der Stellungnahme der Gesuchsteller vom 29. Mai 2009 mit Beilagen)

Rechtsmittelbelehrung Verwaltungsgerichtsbeschwerde

Gegen diesen Entscheid kann **innert 30 Tagen** von der Zustellung an gerechnet beim Verwaltungsgericht des Kantons Aargau Beschwerde geführt werden (§ 9 EG BGFA). Die Beschwerde ist schriftlich einzureichen, hat einen Antrag zu enthalten und ist zu begründen.

Aarau, 21. August 2009

Anwaltskommission des Kantons Aargau

Die Präsidentin:

Die jur. Sekretärin:

Plüss

Pfisterer